

Sabine Pfeffer

PROTOKOLL DER DISKUSSION

Schröder begann mit der Formulierung der Frage, die für ihn im Mittelpunkt der meisten Papiere stand: Warum schlagen die ökonomischen und sozialen Probleme Englands auf das politische System nicht voll durch, bzw.: Wie läßt sich die relativ hohe Stabilität des politischen Systems in England erklären? Schröder schlug Wege zur Aufhellung dieses Grundproblems vor. Ansatzmöglichkeit sei das 18. Jahrhundert, in dem sich die englische Gesellschaft durch zwei Vorgänge ausgezeichnet habe: zum einen durch verstärkte politische und wirtschaftliche Ungleichheit, zum anderen durch eine politische Stabilisierung. Nach Schröders These war es nur auf der Grundlage eines libertären Konsensus möglich, die beiden Vorgänge zu vereinen. "Rights and liberties of Englishmen", sowie die "Rule of Law" hätten die Basis für einen klassenübergreifenden Konsensus geboten. Damit sei größtenteils erklärt, weshalb die herrschenden Schichten in England auf Repressionsmittel weitgehend verzichten konnten, solange sie selber etwa den Gedanken der "Rule of Law" anerkannten. Und dies taten sie - selbst dann, wenn er sich gegen Angehörige der herrschenden Schichten wandte.

Schröder schloß diesen Überlegungen die Frage an, ob es nicht im 19. Jahrhundert sogar Versuche gegeben habe, mit Hilfe des libertären Konsensus von sozialen Problemen abzulenken. So könne man etwa die Politik Gladstones als sozialen Anti-Imperialismus verstehen, der das Ziel hatte, durch freiheitliche Forderungen ("Home Rule") von den die liberale Partei und ihren Zusammenhalt bedrohenden, sozialen Konflikten abzulenken.

Im Anschluß an das Statement von Schröder formulierte Wurm sechs Thesen, die er als zentrale Fragen zu den verschiedenen Papieren bezeichnete.

1. Die Erfahrung, daß sich im englischen Falle Voraussetzung und Bedingungen von politischer Stabilität langfristig als Handicap erwiesen hätten, lasse sich ohne weiteres auch für den industriell-wirtschaftlichen Bereich nachweisen. Ähnliche Faktoren ließen sich etwa zeigen, wenn man Mentalitäten und Einstellungen im Unternehmerverhalten des 19. und 20. Jahrhunderts analysiere.
2. Es genüge nicht, die "englische Krankheit" mit Hilfe von soziokulturellen und politischen Faktoren zu erklären (Industriefeindlichkeit, aristokratische Einfärbung der Gesellschaft etc.). Vielmehr seien für viele Aspekte der britischen Krise wirtschaftliche Faktoren ausschlaggebend. Eine wesentliche Ursache für die späteren Schwierigkeiten sei etwa die verpaßte zweite Industrielle Revolution, die unter schwierigen weltwirtschaftlichen Bedingungen nachgeholt werden mußte.
3. Als dominierende gesellschaftliche und wirtschaftliche Gruppen hätten in Großbritannien sicherlich City, Handel und Finanzen im Vordergrund gestanden - zumindest bis zur Weltwirtschaftskrise 1931/32. Die These jedoch, daß sich im Vorherrschen dieser Gruppen die Produktionsfeindlichkeit der britischen Gesellschaft wie auch eine Abwertung des Industrialismus zeige, sei fragwürdig. Schließlich habe sich die Vorherrschaft der City nur deshalb so lange behaupten können, weil es im industriellen Lager Verbündete gab.
4. Im Anschluß an die These von Pollard, wonach die Politik der Regierung Thatcher die extreme Zuspitzung einer seit mindestens vierzig Jahren in Großbritannien verfolgten Politik sei, sei zu fragen, ob diese Entwicklung nicht noch weiter rückdatierbar sei. Ferner sei zu untersuchen, ob es für diese Po-

litik gesellschaftliche Trägergruppen gab und gibt oder ob es sich um einen gesellschaftspolitischen Alleingang, wie bei Brüning's Inflationpolitik 1930-1932, handele.

5. Bei der Frage nach dem Verhältnis von sozialen/ökonomischen Fehlleistungen der Regierung zur Stabilität des politischen Systems könne man in Großbritannien den Eindruck gewinnen, beide Bereiche hätten nur wenig miteinander zu tun. Wenn man nun die Stabilität des politischen Systems damit begründe, daß die Autorität der britischen Regierung gar nicht auf der Verwirklichung des nationalen und öffentlichen Interesses basiere, sei unbedingt die Frage zu stellen: Warum ist das so? Die funktionale Entlastung des Staates sei zwar eine wesentliche Voraussetzung für die relativen Handlungsspielräume und die Autonomie des politischen Systems. Diese funktionale Entlastung sei jedoch nicht etwa ein Entgegenkommen der Regierung an die Erwartungen gesellschaftlicher Gruppen, sondern vielmehr das Bestreben der politischen Führung, politisch konflikträchtige Angelegenheiten von sich fernzuhalten. Langfristig sei dieses indirekte Vorgehen der Regierung zwar vorteilhaft für Machterhalt und Stabilität des politischen Systems gewesen, zugleich aber schädlich für die Effizienz des gesamten Systems.
6. Aufgabe der Forschung sei es, die Diskrepanz zu klären, weshalb trotz des erhöhten Problemdrucks die akute Krise des politischen Systems nach wie vor ausbleibe. Gründe dafür könnten sein: die Fähigkeit langfristig stabiler Demokratien, ein hohes Maß ökonomischer Ineffizienz zu ertragen; die durch die Tradition des Anti-Interventionismus in Großbritannien geringere Erwartungshaltung an den Staat; Apathie und Resignation bei der Arbeiterschaft; die Erfahrung, daß gerade Phasen wirtschaftlicher Prosperität günstigerer Nährboden für epochalen Wandel sind, als Phasen wirtschaftlichen Niedergangs.

Schmidt lenkte in seinem Statement die Aufmerksamkeit auf die benutzte Begrifflichkeit: Könnte sich die von Schröder historisch beschriebene "stabilitätsfördernde Entlastung der Zentralgewalt" begrifflich decken mit dem von Schmidt verwendeten Ausdruck "Politik des politischen Systems", der den Bereich ausfüllt, welcher durch jene stabilitätsfördernde Entlastung zur politischen Gestaltung frei ist? Schmidt betonte, man müsse auseinanderhalten, was mit funktionaler Entlastung des Staates und was im allgemeinen mit "limited government" gemeint werde, da es sich hier um strukturell unterschiedliche Dinge handle. Limited government sei quasi eine natürliche Eigenschaft von Regierungen, die globale Verantwortungen bis hinab zu lokalen Verantwortungen zu bedenken hätten - eine Form der Abwehrmentalität also. Funktionale Entlastung stellt jedoch nach Ansicht von Schmidt etwas strukturell und interpretatorisch Verschiedenes dar. Ergänzend wies Schmidt auf das Bemühen des Staates hin, seine Haupttätigkeitsfelder auf Gebieten anzusiedeln, wo er relativ erfolgreich sein könne, also dort, wo Menschen sich nicht selber helfen können, wie auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich.

Schmidt ging anschließend auf Kimmigs Aufsatz ein, worin dieser die Verdichtung und spätere Rückentwicklung des corporate bias analysiert. Wenn corporate bias das Gegenteil von dem meint, was "Politik des politischen Systems" genannt wird, dann müsse man fragen, wo der historische Schnitt zwischen beiden liege, bzw. wo die Übergänge. Seiner Ansicht nach müsse man nicht etwa den Ersten Weltkrieg, sondern den Zweiten Weltkrieg als Wasserscheide ansehen, die den Übergang von der Phase der Politik des politischen Systems zur Phase des Korporatismus markiere. Schmidt bekräftigte, dieser Fragenkomplex sei auch für den Autonomiebereich des Politischen und für die konfliktmindernde Wirkung dessen, was Politik in einer vielfach konfliktträchtigen Gesellschaft zu leisten vermöge, von Bedeutung.

Die Fragen nach den Auswirkungen ökonomischer Schwierigkeiten auf das politische System stellte sich schließ-

lich für Schmidt als Frage nach den Absorptionschancen der englischen Gesellschaft. Ist englische Gesellschaft eine Art Mittelschiene zwischen den Problemen, die sich politisch sofort auswirken und denen, die nicht politisch konfliktrichtig werden? Gibt es in England ein Phänomen "Gesellschaft", das - nicht vermittelt durch Verbände etc. - dafür sorgt, daß strukturelle Defizite eben keine politischen Folgen haben? Nach Schmidts Meinung war das bis weit in die 1940er Jahre der Fall, wobei es an sich Aufgabe der Parteien gewesen wäre, Krisen in beiden Bereichen, dem ökonomischen und dem politischen, argumentativ zusammenzuführen. Zentraler Untersuchungspunkt sollte daher die Frage sein, welche Fakten es in Großbritannien verhindern, daß ökonomische Widrigkeiten irgendjemandem politisch angelastet werden oder zu politischen Sammlungsbewegungen führen.

Setzer wandte sich mit Fragen zu den verschiedenen Aufsätzen direkt an die anderen Podiumsteilnehmer. Eingehend auf das Verhältnis Politik/Ökonomie fragte er Schröder, ob es nicht in der Geschichte Englands für die wirtschaftlich Aktiven notwendig war, eine starke Monarchie zu haben, um den Konflikt zwischen den verschiedenen Kapital- und anderen Interessen der englischen Oberschicht nicht zu einem Kumulationspunkt kommen zu lassen.

Zu Schmidts These über die "Politik des politischen Systems" wandte Setzer ein, es müsse zwischen den verschiedenen Regierungen unterschieden werden, um zu sehen, in wessen Interesse der Handlungsspielraum des politischen Bereichs genutzt wurde. Auch dürfe man diesen Handlungsspielraum nicht vorschnell dem politischen System als Eigenschaft zuschreiben, da man sonst nicht erklären könne, weshalb Großbritannien 1978/79 vielfach als unregierbar bezeichnet wurde - der Handlungsspielraum also nicht mehr vorhanden war -, während nun die Regierung Thatcher durchaus wieder Handlungsspielraum besäße.

Nach Meinung von Setzer ging es in der Diskussion auch um die Klärung der Frage, ob es sich bei Englands Krise um ein vorübergehendes Phänomen oder um ein Phänomen struktureller Natur handelt. Er wies darauf hin, daß das englische Wahlsystem die Entwicklung des Landes behindert habe, so daß es mittlerweile zu einer Versteinigung gekommen sei, die heutigem Demokratieverständnis nicht entspreche. Es gebe neue Probleme, auf die die Parteien gar nicht reagieren könnten. Im Anschluß an diese Überlegungen ging Setzers Frage an Döring, ob man in England glaube, daß eine Verfassungsreform mit anderem Wahl- und Parteiensystem auch der ökonomischen Probleme Herr werden würde.

In Beantwortung der Frage von Setzer ging Döring auf die Verfassungsreform ein, die er nur dann sinnvoll nannte, wenn sie auch die Immunität der Gewerkschaften beende, bei gleichzeitiger Gewährung der industriellen Mitbestimmung und anderer Praktiken korporatistischer Konfliktregulierung.

Döring versuchte dann, die Frage zu klären, ob die verschiedenen Defizite in Großbritannien auf institutionelle oder kulturelle Barrieren zurückzuführen seien. Hier führte er die These an, wonach Jahrhunderte ununterbrochener politischer Freiheit und individueller Selbstbestimmung dazu führten, daß gesellschaftliche Gruppen, wie die Gewerkschaften, Immunität erhielten. Danach wäre die Verkrustung Englands eine nicht antizipierte Folge der jahrhundertelangen politischen Freiheit.

Als ein weiteres Kennzeichen britischer Geschichte nannte Döring das Fehlen einer Staatstradition, das Fehlen eines Staatsbegriffs und - damit zusammenhängend - das Fehlen einer staatsinterventionistischen politischen Kultur. Auch Erscheinungen wie die Fabier, Keynes oder der Butskellismus in Großbritannien könnten, so führte Döring die Thesen verschiedener Autoren an, nur als zufällige historische Begleitumstände gelten, die für kurze Zeit zum Zuge kamen. Als Fazit gab Döring zu bedenken, daß die Diskussion um "adversary politics" nur ein

Scheingefecht berühre und an der Problematik Englands vorbeigehe. Die strukturpolitischen Gründe für die wirtschaftliche Stagnation seien niemals Gegenstand des Parteienstaates gewesen, sondern in Whitehall erörtert worden. Was nun die Regelung der Wirtschaftssteuerung durch den Parteienwettbewerb anging, so führte Döring aus, Schumpeters fünf Bedingungen für das Funktionieren der demokratischen Methode seien in Großbritannien bis auf eine verschwunden. Die letzte sei Toleranz gegenüber den Meinungen anderer, womit man wieder beim libertären Konsensus sei. Großbritannien war, so Döring, für Jahrhunderte begnadet mit "fortuitous growth" - einer spontanen Entwicklung freiheitlicher Institutionen. Leider sei entlang der Logik des kollektiven Handelns für diese ununterbrochene Freiheit der Preis einer institutionellen Verkrustung vorübergehend zu zahlen. Nach seiner Ansicht schließt dies Reformen jedoch nicht aus, die auch schon auf dem besten Wege seien. So zeigten etwa Wahlen, daß auch Labour-Wähler Gewerkschaftsmacht weniger befürworteten und wohlfahrtsstaatliche Rezepte der Umverteilung ablehnten. Es bestehe die Möglichkeit, das Land aus der individuell-kapitalistischen Abneigung gegenüber langfristigen gezielten Interventionen herauszuführen. Eine langfristige Veränderung sei jedoch nur, betonte Döring, durch tiefgreifende Verfassungsreformen zu gewinnen, wobei es gleich sei, ob zunächst die Kultur oder die Verfassung sich ändere. Im allgemeinen reagiere die Kultur langsamer, die Verfassung lasse sich schneller ändern.

Was die entscheidende Bedeutung der Gestalt des Staates für die britische Krise betrifft - etwa das Fehlen einer staatsinterventionistischen Tradition - schloß Kimmig sich Döring an. Zusätzlich betonte Kimmig jedoch, dieses Fehlen sei historisch durchgängig und auch in der Phase des Butskellismus nicht durchbrochen worden, da Butskellismus nur Intervention an der Oberfläche sei, nicht aber strukturpolitische Intervention des Staates. Weiter bezogen auf die Gestalt des Staates gab Kimmig zu bedenken, daß der britische Welfare State etwas anderes sei als die soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik.

Dem Konstrukt des Welfare State fehle der Aspekt der funktionalen Zuordnung der sozialen Leistungen auf die Akkumulationsförderung. Kimmig hielt es für wichtig, auf die besondere Dynamik des ökonomischen Niedergangs in Großbritannien hinzuweisen. Das über einen langen Zeitraum tatsächlich allein quantitative Zurückhängen der britischen Ökonomie werde zwangsläufig umschlagen in das, was in der entwicklungspolitischen Diskussion unter dem Stichwort des Peripherisierungsdrucks, der tendenziellen Peripherisierung einer Ökonomie, gehandelt werde. Dieser Punkt ist nach Kimmigs Meinung gekommen oder zumindest in Sicht. Interne Desintegrationsprozesse struktureller Natur seien in der britischen Ökonomie auszumachen, zumindest tendenziell verbunden mit dem Verlust der außenwirtschaftlichen Autonomie der ökonomischen Reproduktion des Landes. Andere, davon nicht betroffene Sektoren der britischen Ökonomie, nicht nur im tertiären Bereich, seien dagegen hochgradig wettbewerbsfähig. Kimmig erläuterte die langfristige Tendenz, wonach man gerade bei der Politik der gegenwärtigen konservativen Regierung nicht nur eine Situation der "two nations" innerhalb der Gesellschaft vorfinde, sondern auch eine Situation der "two economies" - einer marginalisierten und einem Kleinkernbereich, der eine internationale Spitzenstellung beibehalten könne. Als Fazit nannte Kimmig also nicht das breitflächige Absinken der britischen Ökonomie, sondern ein differenziertes, intern und sektoral unterschiedliches Absinken.

Pollard bezeichnete seinen Beitrag als einen hauptsächlich wirtschaftlichen Beitrag, der der von Kimmig aufgezeigten Gefahr der Desindustrialisierung durchaus zustimme. Es handele sich in Großbritannien dabei nicht um die Entwicklung, die die ganze Welt vollziehe: Weg von der verarbeitenden Industrie zum Dienstleistungsbereich. Vielmehr werde lediglich die Verarbeitungsindustrie unterminiert, ohne daß etwas an ihre Stelle gesetzt werde. Sie werde zur Peripherie.

Pollard stimmte jener Beobachtung zu, die der britischen Politik eine große Stärke zuschreibt, da sie das Land



trotz wirtschaftlicher Krise zusammenhalte. Er stellte die Frage: Wie hält es zusammen? Es ging Pollard um die Betonung des geschichtlichen Hintergrunds. Dabei hielt er jedoch zu starke Schuldzuschreibung an das englische Gentleman-Ideal, nach dem wirtschaftliche Betätigung einen geringen Stellenwert habe, für bedenklich. Solange es, wie Kimmig anführte, Sektoren gebe, die wirtschaftlich sehr gut funktionierten, könne man nicht verallgemeinern, daß die soziale Struktur einer effizienten Wirtschaft entgegenwirke. Die englische Industrie habe sich sehr gut geschlagen in Jahren - wie zwischen 1932 und 1948 - als die wirtschaftliche Politik ihr das Expandieren und Modernisieren ermöglichte. Pollard sah die Gründe der britischen Krise in wirtschaftlicher Untätigkeit und im Versagen des wirtschaftlichen Wachstums. Für die Erklärung dieses Phänomens nannte er als wichtigsten Ansatz die Rolle der Staatswirtschaftspolitik. Als historischen Bezug gab Pollard die Rolle der City of London als Kapitalquelle der ganzen Welt an. Daher hätten das Schatzamt und die Bank von England immer versucht, den Wert des Pfundes hochzuhalten. Er widersprach der These, die Industrie spiele in der City eine Rolle, da sonst Bestrebungen im Interesse der Exportindustrie eingesetzt hätten, den Wert des Pfundes zu senken. Die große Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen Möglichkeiten Großbritanniens und dem tatsächlich Erreichten habe ihren Grund also in einer Wirtschaftspolitik, die gezielt Interessen der Industrie vernachlässige, um andere Interessen zu fördern.

Pollard erläuterte schließlich mögliche Gründe für eine solche Haltung. Da sei zum einen die Einstellung des Staatsapparates, der Bürokraten. Sie seien in wirtschaftlichen Fragen ungeschult, imitierten die Handlungen der Vorgesetzten, ohne daß der einzelne einen unabhängigen intellektuellen Standpunkt habe. Die wenigen Kritiker bisheriger Politik seien einer Übermacht unterlegen. Zum zweiten schrieb Pollard den britischen Wirtschaftsexperten ein Praxis-Defizit zu. Gerade die hochgezüchtete keynesianische Theorie sei schuld, daß man sich wenig mit praktischen Fragen beschäftigt habe. Daher hätten diejenigen Experten, von denen man eine Beto-

nung der verarbeitenden Industrie und ihrer Bedeutung für die Wirtschaft erwartet hätte, nicht früh genug Alarm geschlagen. Schließlich führte Pollard als Grund für verfehlte Wirtschaftspolitik den geschichtlichen Hintergrund des Empires an. Dieser verleitete dazu, immer wieder wirtschaftliche Kosten einzugehen, die man schon lange nicht mehr verkraften konnte. In jenen Jahren habe England den Anschluß verloren.

Im Anschluß an die Statements wurden in der allgemeinen Diskussion zunächst Unterschiede nationalspezifischer Krisenperzeption herausgearbeitet. Eine frühe bzw. politische Dramatisierung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme weise auf Unterschiede in der politischen Kultur hin. Um dem Eindruck entgegenzutreten, hier würden die letzten vierhundert Jahre britischer Geschichte als eine einzige große Krise interpretiert, betonte man, Gegenstand der Diskussion sei das, was gegenwärtig in Großbritannien subjektiv und objektiv als Krise manifest werde. Es sei freilich nach deren Zusammenhang mit historischen Entwicklungen zu fragen, d.h. beispielsweise auch danach, ob möglicherweise gerade frühere Erfolge ein Grund für heutige Schwierigkeiten sein könnten.

Schon seit langer Zeit, so hieß es, seien britische Fehlentwicklungen vor allem im internationalen Vergleich zu beobachten. Dies gelte nicht nur für Einzelbereiche, führe aber dennoch nicht zu beobachtbaren grundlegenden Veränderungen in gesellschaftlichen Formationsprozessen. Also gelte es, nach Auffanggliedern zu suchen, die die Krise in Großbritannien absorbierten.

Einige Krisenindikatoren wurden angeführt, die bereits im politischen System zu finden seien. In Großbritannien zeigten etwa die rückläufige Wahlbeteiligung und die sinkende Mitgliederzahl der politischen Parteien die Krise an. Konnte man noch in den 1960er Jahren die englische Krise als Wahrnehmungsphänomen einiger Intellektueller deuten, so wurde sie spätestens 1974 zu einem objektiv sichtbaren Phänomen.

Es wurde dagegegenghalten, daß eine geringe Wahlbeteiligung nicht unbedingt ein Krisenzeichen sein müsse, denn diese gelte in vielen andern Ländern als Zeichen der Zufriedenheit im politischen Bereich. Auch das durch die Social Democratic Party veränderte britische Parteienggefüge zeige die Adaptionenfähigkeit des politischen Systems.

Als zentrale Frage wurde allgemein die Auffälligkeit genannt, daß die Effizienzdefizite in England zwar meßbar vorhanden seien, sich aber politisch nach wie vor nicht auswirkten. Diese fehlende Durchschlagewirkung dürfe jedoch nicht so ohne weiteres als Mangel aufgefaßt werden. Vielmehr handele es sich in Großbritannien offenbar um ein politisches System, in dem politische Legitimität und deren Zufuhr bzw. deren Entzug nicht unmittelbar von der Lösung wirtschaftlicher Probleme abhängen. Möglicherweise sei Großbritannien aber nun an einem Punkt angelangt, an dem man - nach Jahrhunderten eines pragmatischen, an Machtbalance interessierten Lösungsstils - fragen müsse: Ist das britische System überhaupt noch in der Lage, Probleme zu lösen? Eine mögliche Ursache für die geringe Durchschlagkraft wirtschaftlicher Probleme auf das politische System könnte durch die Beobachtung belegt werden, daß bestimmte Problemlösungen in Großbritannien von dem politischen System gar nicht erwartet würden. Eine Erwartungshaltung, die, wie in anderen Ländern, dem Staat die Gestaltung der Gesellschaft zuordne, sei eventuell in Großbritannien, als einer (nach Dyson) nicht-staatlich verfaßten Gesellschaft, gar nicht vorhanden.

Es sei jedoch, so wurde betont, nicht unbedingt eine "Schwäche", wenn wirtschaftlicher Niedergang sich politisch nicht auswirke. Denn umgekehrt müsse man ja auch damit rechnen, daß eine Effizienzsteigerung in der Wirtschaft zu Legitimitätsverlust im politischen System führen könnte, wenn nämlich erst einmal dieses System die Verantwortung für wirtschaftliche Effizienz übernehmen müßte.

Als Gegenposition zu der These, in Großbritannien sei der Niederschlag wirtschaftlicher Probleme im politischen System gering, wurde der Einwand vorgebracht, in Großbritannien sei sehr wohl eine ökonomisch ausgerichtete Erwartungshaltung vorhanden. Dies könne man an der Tatsache ablesen, daß eine Regierung, die es nicht geschafft hat, die Wirtschaftsentwicklung unter Kontrolle zu bringen und zu verbessern, bei der nächsten Wahl mit einer Niederlage rechnen müsse. Die Tatsache, daß nach mehreren derartigen Erfahrungen die britischen Wahlen nicht mehr unbedingt einer Partei eine brauchbare Mehrheit zuteilen, sei eine Konsequenz jener wirtschaftlichen Schwäche. Insofern habe die wirtschaftliche Misere sehr wohl auf das politische System durchgeschlagen und dies auch schon immer getan.

Diesem Einwand wurde jedoch entgegnet, die verschiedenen Regierungen der letzten Jahre, die abgewählt wurden, seien nicht eigentlich an ökonomischer Ineffizienz gescheitert, sondern an ihrem eigenen Anspruch, die Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen. Die jeweiligen Wahlniederlagen seien zwangsläufig erfolgt, da die Regierungen selber Erwartungshaltungen in der Bevölkerung hervorgerufen hätten, die zu erfüllen sich als aussichtslos erwies. Damit hätten die Regierungen die funktionale Entlastung des Staates aufgehoben.

Abschließend wurde darauf hingewiesen, daß trotz aller Probleme in Großbritannien keine gesellschaftlichen Gruppen vorhanden seien, die das System insgesamt in Frage stellen könnten. Mit wenigen Ausnahmen (Brixton) fehlten nach wie vor Unruhen oder Ausbrüche - von einer Putschgefahr sei gar nicht zu reden. Die in Großbritannien zahlreichen Kritiker übten zwar Druck auf die Regierung aus; der sei jedoch nicht stark genug, um das System zu gefährden und umzustürzen.

In zukünftigen Forschung sollte einmal, so das Fazit, der Frage nachgegangen werden, ob sich die Briten für bestimmte Problemlagen sensibler, für andere dagegen weniger sensibel zeigten, als dies in vergleichbaren

Ländern der Fall sei. Die britische Gesellschaft engagiere sich offenbar weniger für wirtschaftliche Probleme als für Entwicklungen, durch die sie sich in ihren "liberties", ihren Freiheiten und Rechten, bedroht fühle.